

Galleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 127.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Zweite Ausgabe

Freitag, 15. März 1912.

Preis pro Quartal 3.00 M., pro Halbjahr 5.50 M., pro Jahr 10.00 M. (Postgebühren inbegriffen).
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Einzelnummern für die Provinz Sachsen 10 Pf., für die Provinz Pommern 12 Pf., für die Provinz Preußen 15 Pf., für die Provinz Westfalen 18 Pf., für die Provinz Bayern 20 Pf., für die Provinz Sachsen 10 Pf., für die Provinz Pommern 12 Pf., für die Provinz Preußen 15 Pf., für die Provinz Westfalen 18 Pf., für die Provinz Bayern 20 Pf.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Anruf Nr. 6290.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Zu dem Attentat auf den König von Italien.

Deutschlands Anteilnahme.

Der Reichstagler von Reichsmann Sollweg besaß sich gestern nachmittags um 3 Uhr zum italienischen Vorkämpfer in Berlin, Panama, um ihm wegen des Anschlages auf das italienische Königspaar die Enttötung und wärmste Teilnahme auszusprechen. — Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt zu dem Attentat:

Dieser furchtbare Anschlag auf das Leben des in seinem Lande hochgeachteten Monarchen muß in der ganzen geteilten Welt tiefen Schmerz hervorrufen. Dem italienischen Königshause und dem verbündeten italienischen Volke bringen wir herzlichste Glückwünsche der zum Rettung des geliebten Königs vor schmerzlichen Gefahr. Die Gefühlsregungen, mit denen die Kunde von der That und von dem Willigen überall aufgenommen worden ist, werde die Sympathie für die Nation des mutigen, pflichttreuen Herrschers noch erhöhen und die Stellung noch bestärken, die sich Viktor Emanuel im Herzen seiner Italiener und der Hochachtung der Zeitgenossen erworben hat.

Der Urheber des Attentats

ist ein junger, hartfroh, verhältnismäßig gut gekleideter Mann mit dem charakteristischen Aussehen eines Anarchen. Wie sich im Verhör herausstellte, ist der Täter mehrfach verurteilt, dreimal wegen Diebstahls. In den letzten Jahren wurde er in A n a r c h i s t, und zwar individualistischer Anarchist. Zuerst besaß er ein, den Revolver gefunden zu haben, doch räumte er später ein, daß er ihn seit einiger Zeit beibe. Während des Verhörs wechselte er mehrmals seine Taktik.

Nähere Schilderungen des Attentats.

Der erste Schuß, den d'Alba auf den König abgegeben hat, verzichtete den Kommandanten der Eskorte, Major Lang, der an der linken Seite des Wagens dicht neben dem König ritt. Das Pferd machte einen Seitenprung, doch blieb der Major im Sattel und näherte sich dem Wagen noch mehr, während sich die Käufler eskorte dicht um den Wagen drängte. Zumitern der Erregung bewachte das Königspaar vollkommen Aufseher, ebenso die Eskorte. Darauf gab d'Alba zwei Schüsse ab und traf Major Lang am Kopf, so daß er vom Pferde stürzte. Der Chauffeur, ein Aufseher und Herzog Borghese fügten sich auf d'Alba, der weitere Schüsse abzugeben drohte. d'Alba behrte beide mit dem Revolver und fügte dem Aufseher im Gesicht eine Wunde zu. Schließlich wurde d'Alba von Polizeikräften festgenommen. Die Menge suchte ihn zu lynchen und verlegte ihn neben dem Revolver. „Schlagt mich, ich bin ein Anarchist!“. Er wurde nach dem Polizeikommissariat gebracht. Gegen 10 Uhr veranlaßte die Menge eine Kundgebung vor dem Kommissariat, indem sie Vermählungen gegen den Täter ausrief und Schreie auf das Königspaar ausbrachte. Die Verwundung Langs scheint nicht sehr schwer zu sein. Als das Königspaar im Parktheater eintraf, war die Königinmutter bereits angekommen. Nach verzögerter Begegnung erzählte der König der Königinmutter den Verlauf des Attentats. Darauf wurde die Messe gelebt, die alljährlich am 14. März zum Geburtstag des Königs Humbert im Parktheater gefeiert wird.

Die Enttötung der Bevölkerung. — Das Befinden des Majors Lang.

Der König und die Königin, die vom ersten Augenblick des Attentats an die größte Ruhe bewahrten, wurden nur durch das Geschick des Majors Lang beunruhigt. Nachdem die Messe im Parktheater beendet war, wurden sie beim Verlassen des Gotteshauses von einer großen Menschenmenge empfangen, die ihnen eine begeisterte Kundgebung darbrachte. Auf den König, die Königin und Entboten wurden Schüsse ausgedrückt. Jedermann hatte Worte des Mißtrauens für die Tat. Schreie begleiteten den König und die Königin bis zum Quirinal. Als der König nach kurzer Zeit erneut erschien, um in offener Automobil und ohne Eskorte den Major Lang zu besuchen, wurden ihm auch während des ganzen Weges Kundgebungen bereitet. Der König befand sich beim Verlassen des Parktheaters geföhrt, den Verletzten, unterlich es jedoch auf den Rat der Ärzte, ihn zu sprechen. Er erlaubte sich eingehend nach seinem Befinden. Die Regel hat den Major im Raden getroffen, Anarchist sind nicht bestraft worden. Beim Sturz vom Pferde hat er sich einige Verletzungen im Gesicht, an der Hand und an der Schulter, sowie eine leichte Gehirnerschütterung zugezogen. Sein Zustand ist nicht gefährlich. Doch, daß der Zustand des Majors Lang verhältnismäßig befriedigend war, verzichtete der König das Hospital. Der Kriegsminister und viele andere bekannte Persönlichkeiten stellten dem Verletzten Besuche ab. Am Tage gestern morgen ein festliches Aussehen. Da die Zeitungen noch nicht erschienen waren, pflegte sich die Nachricht von dem Anschlag bis in die entlegensten Distrikte von Mund zu Mund fort, und um jeden, der die Einzelheiten kannte, bildeten sich Gruppen, die lobten wollten.

Der König

erhielt gestern morgen wie gewöhnlich Audienzen und empfing den Deputierten Danelli, dem er eine genaue Schilderung des Attentats gab. Der König war sehr ruhig, er drückte nur sein Bedauern über die Verwundung des Majors Lang aus und erklärte, daß nur die Königin den Angreifer

habe schießen lassen. Er selbst habe nach der anderen Seite geschickt. Trotz ihrer Verjüngung ist die Königin sehr ruhig geblieben. Der König fügte hinzu, daß das Pferd eines Kürassiers tödlich getroffen worden sei und daß das Pferd des Majors Lang im Auge der anderen Pferde noch ohne seinen Reiter bis zum Parktheater geföhrt sei.

Begeisterte Kundgebungen für den König in den Parlamenten.

In der italienischen Deputiertenkammer, deren Arbeiten gestern überfüllt waren, beriefen Ministerpräsident Giolitti, der mit sämtlichen Ministern erschienen war, zu Beginn der Sitzung den Kampf, das sich ereignet hatte, über das Attentat und erwählte dabei auch die Vorfragen des Urhebers, der u. a. wegen Mißhandlung seiner Eltern bestraft sei. Darauf verhandelte Kammerpräsident M a c c o r a, er habe dem König sofort die tiefgefühltesten Glückwünsche und die Enttötung der Kammer und des Landes zum Ausdruck gebracht. Das älteste Mitglied der Kammer L a c a b a gab der Enttötung über das Attentat Ausdruck und schlug vor, die Kammer solle sich sofort in corpore in den Quirinal begeben, um die Ergreifung der ganzen Nation zum Ausdruck zu bringen. Sonnino schloß sich noch dem Vorschlage Lacabas an. Darauf erklärte Pantano (Radikal), wegen der großen Güte und hohen Weisheit des Monarchen hätte er niemals denken können, daß ein Italiener seine Hand gegen seinen König bewaffnen könne. Im Namen aller seiner Freunde der Linken schriebe er sich den Worten der Rede Lacabas an. Der Vorschlag Lacabas wurde einstimmig angenommen.

Im Senat wurde des Königs und der Königin in ähnlicher Weise gedacht wie in der Kammer. Am 4 Uhr begeben sich die Senatoren zur Begrüßung in den Quirinal.

Schon um 3½ Uhr hatten sich die Deputierten vom Monte Citorio aus in feierlicher Zug nach dem Quirinal begeben. Unter den Angehörigen bemerkte man auch die Sozialisten Bisolati, Bonomi und Cabrini sowie den Republikaner Bellacqua. Die Präsidenten des Senats und der Kammer begleiteten den König und die Königin. Die Majestäten gingen darauf durch den Saal und schüttelten einem jeden die Hand. Der König und die Königin waren sehr ruhig und zeigten sich sehr gelassen. Ihre eigene Sorge war das Befinden des Majors Lang. Der König erzählte, er habe den Anschlag erst bemerkt, als er Lang fallen sah. Die Königin dagegen äußerte, sie habe die ganze Szene beobachtet. Als sie d'Alba sich dem Wagen nähern und auf den König schießen sah, habe sie sich sofort auf ihren Gemahl geworfen, um ihn mit ihrem Körper zu decken. „Glücklicherweise“, fügte sie hinzu, „war es überflüssig“. Der Sozialist Cabrini sagte zu dem König: „Majestät, Sie haben einen schönen Beweis von Mut geliefert“. Der König erwiderte lächelnd: „Es handelt sich nicht um einen Beweis von Mut, da der Wagen geschlossen war“. Der Sozialist Bisolati entgegnete: „Aber man sieht auch den Mut naher, und ich glaube, mich darauf zu verlassen“. — Der König und die Königin drückten ihre tiefe Dankbarkeit für die Kundgebungen der Deputierten und der Senatoren sowie der räumlichen Bevölkerung aus. Sie hätten noch nie eine so imposante Volksmenge gesehen. Beim Verlassen des Saales brachten die Deputierten und Senatoren ein dreifaches Hoch auf den König und die Königin aus. Dem Empfangen wohnten alle in Rom anwesenden Deputierten, etwa 300, bei. — Große Volksmassen füllten bis zum Abend den Platz vor dem Quirinal und gaben ihre Freude über die Errettung des Königspaares in immer neuen, lebhaften Kundgebungen Ausdruck. Der König und die Königin mußten sich noch zweimal auf dem Balkon zeigen, jedesmal von stürmischen Huldigungen begrüßt.

Der Papst hat bereits gestern morgen seinem tiefen Schmerz über den Anschlag auf den König Ausdruck gegeben.

Um 2 Uhr nachmittags wurden die Löwen geschlossen, und der öffentliche Verkehr wurde eingestellt, um einer großartigen Volkskundgebung Raum zu schaffen, die sich vor dem Parlament und dem Quirinal vollzog. Wohl 50 000 Personen waren auf dem Platz versammelt. Die ungeheure Menge zog sobann zum Quirinal. Von dauernden Beifallsrufen begrüßt, erschienen der König, die Königin und die kleinen Prinzen auf dem Balkon. Die Königin trug die Krönung Giordano auf dem Arm. Es ist unmöglich, die Begeisterung zu schildern, von der die Volksmenge beim Anblick der Majestäten ergriffen wurde.

Die letzten Meldungen.

Bei Redaktionsluß laufen noch eine große Anzahl von Telegrammen aus Rom ein, in denen es u. a. heißt: Gleich nach dem Attentat wurde bei Dalba eine Hausdurchsuchung vorgenommen; es wurde sein Arbeitsbuch beschlagnahmt und daraus festgestellt, daß er bis zum Mittwoch abend als Maurer auf einem Bau gearbeitet, dann seine Arbeit niedergelegt und sein Handwerkszeug mit sich genommen hatte unter der Angabe, daß er sich nicht mehr fühle. Am Donnerstag morgen verließ er zu sehr früher Stunde seine Wohnstätte, nachdem er sich seine weiße Kleidung angezogen hatte. Die Mutter Dalbas zeigte sich sehr niedergeschlagen, als sie das Attentat erfuhr. Sie hat

einem Vertreter des „Giornale d'Italia“ erzählt, daß ihr Sohn einen verschleierten Charakter besaß. Als Kind sei er an Lungen- und Gehirnhautentzündung schwer krank gewesen. Es sei unmöglich, mit ihm vernünftig zu sprechen. — Wie der „Messaggero“ noch mitteilt, gehörte Dalba niemals einer der politischen Fraktionen an. Die Polizei habe im Jahre 1910 eine besondere Überwachung Dalbas als eines Anarchen vorgeschlagen; aber der Untersuchungsrichter, erlos dagegen Einspruch. Er wurde dreimal bestraft, weil er seine Eltern mißhandelt hatte. Er gehand ein, Anarchist zu sein.

In einer Note der „Agenzia Stefani“ wird erklärt, daß alle Nachrichten, die von Zeitungen über das Verhör des Dalba veröffentlicht werden, nicht glaubwürdig sind, weil die Untersuchung, die übrigens langsam fortgeschritten, dem Geleite gemäß geheim ist.

Die Bergarbeiterausstände.

In Deutschland.

Die Zahlen der Streikenden. Die Zahl der einwanderer unter und über Tage beschäftigten Bergleute in der getriggen Morgenfrist sollte nach einer Meldung aus Dortmund betragen 322 000 Mann. Eingefahren sind 132 150. Es streiken also 189 850 Mann.

Eine später aus Essen (Ruhr) einlaufende Meldung belagt: Bei der getriggen kombinierten Früh- und Mittagsfrist sollten 325 388 Bergleute anfahren; angefahren sind insgesamt 137 131, somit fehlten 57,86 Prozent oder 188 257 Mann.

Der Schutz der Arbeitswilligen. Wie aus Essen von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist in der vorgelagerten außerordentlichen Hauptversammlung des Bergarbeiterverbandes allerseitig über den ungenügenden Schutz der Arbeitswilligen Klage geführt worden. Mit Rücksicht darauf und mit Rücksicht auf die von zuständigen Stellen gegebenen Zusicherungen, daß namentlich Militär zum Schutze herangezogen werden soll, wurde beschlossen, von den Rechte der Arbeitsordnung, die Kontraktverträge bereits nach dreitägigen Feiern aus der Beschlagnahme zu streichen und ihnen den Lohn von 6 Schichten einzubehalten, erst dann Gebrauch zu machen, wenn sie nicht bis spätestens Sonnabend, den 16. März, die Arbeit wieder aufnehmen. Es ist zu erwarten, daß durch den erweiterten Schutz auch die Arbeiter, die jetzt noch wegen Verdrohungen und Belästigungen von der Arbeit ferngehalten sind, ebenso wie die bisherigen Arbeitswilligen zur Arbeit wieder erscheinen werden. Den Leuten, die spätestens bis Sonnabend die Arbeit wieder aufnehmen, werden dabei keine sechs Schichten einbehalten werden. Von dem Befehl wurde getriggen von sämtlichen Bezügen neuen Ausständigen einzeln durch Postkarte Mitteilung gemacht.

Die Ansichten und Absichten der Führer.

Gestern morgen fand auf dem „Schloßhof“ zu Bochum eine von 10 000 bis 12 000 Personen besuchte Streikerversammlung statt, wobei von einem Redner mitgeteilt wurde, daß nach den Angaben der Streikbureaus der Streik weiter im Wachen begriffen sei. Die Zahl der mitreisenden dritten Bergleute, die in den Kampf hineingezogen wurden, schätzte er auf 50 Prozent der gewerkschaftlichen Organisation. Der Streik werde weiter geführt werden, bis die Führer das Signal zur Wiederaufnahme der Arbeit geben. Es wurde protestiert gegen das scharfe Vorgehen der fremden Ordnungsmannschaften und auf einen Fall in Sodingen hingewiesen, auf Grund dessen man sich beim Minister beschwerte. (!). Ferner wurde Einspruch erhoben gegen die Verbeihaltung des Militärs, zu der gar keine Veranlassung (!) vorgelegen habe. Redner teilte mit, die Verhandlungen mit den Arbeiterausständigen hätten ablehnende Antworten gestattet mit Ausnahme einer Zede, die mehrere Zugeländnisse machte.

Die Ankunft des Militärs.

Gestern mittag 12 Uhr 30 Minuten trafen ein Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 15 mit einer Maschinengewehr-Abteilung und zwei Schwadronen Sularen auf dem Hauptbahnhof in Dortmund ein. Die Truppen sind für die Umgegend von Dortmund bestimmt. In der Stadt selbst hofft man, mit den Polizeimannschaften auszukommen.

Schon fampes müde.

In der vorgelagerten Versammlung der Bergarbeiter der Zede Karl Funke in Sodingen, soweit sie dem alten Verband angehört, wurde gegen die Stimmen einiger auswärtiger Mitglieder beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Daraufhin fehlten bei der getriggen Morgenfrist nur noch drei Bergleute.

Lochnerhöhlen für Arbeitswillige.

In der vorgelagerten Hauptversammlung des Bergarbeiterverbandes in Essen wurde über die Frage der Lochnerhöhlen für Arbeitswillige gesprochen, ein Beschluß indes nicht gefaßt. Von verschiedenen Seiten wurde aber unter Hinweis auf die Erfahrungen mit Lochnerhöhlen im Jahre 1905 eine Erhöhung für zweckmäßig gehalten.

Spernung der Kohlen-Annahme.

Die Eisenbahndirektion Stettin hat bekannt: Infolge des englischen Bergarbeiterstreiks und des Streiks im Ruhrgebiet ist der Einlauf an Kohlen aus dem oberschlesischen Revier nach Stettin und Glogow so übermäßig geworden, daß eine ordnungsmäßige Abwicklung des Verkehrs auf dem Stettiner Bahnhof fast gefährdet ist. Die Eisenbahndirektion hat daher die Annahme von Kohlen aus Oberschlesien vorläufig bis einschließend den 17. d. Mts. sperren müssen.

Das preussische Abgeordnetenhaus und der Streik.

Zu den vorgeleitern im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachten Interpellationen der konservativen, freikonserverativen, nationalliberalen und freireinigen Fraktion betreffend den Bergarbeiterstreik im Ruhrkohlenrevier ist jetzt auch eine Interpellation der Zentrumsfraktion hinzugekommen folgenden Inhalts:

1. Sind der königlichen Staatsregierung die Ursachen bekannt, die zu dem Ausbruch der Bergarbeiter im Ruhrrevier führten; 2. Ammonition sind die fiskalischen Gründe vom dem Zustand in Mitteldeutschland gezogen; 3. Welche Stellung hat die Verwaltung der fiskalischen Gründe zu dem Zustand, insbesondere zu den Forderungen der Bergarbeiter, genommen und welche Stellung gedenkt die Verwaltung für die Folge einzunehmen; 4. Welche Maßnahmen hat die königliche Staatsregierung ergriffen und welche gedenkt sie zu ergreifen, um die streikwilligen zu fesseln?

Die neuesten Telegramme.

Bei Schluß der Redaktion erhalten wir noch eine Anzahl von Telegrammen, aus denen das Wichtigste wie folgt mitgeteilt sei:

Genève, 14. März. Wie der Bergbauverein meldet, sind bei der heutigen Mittagszeit von einer Bergschicht von 12 000 angefahren 7571, es streikten demnach 4083 Bergleute, in der zweiten Nachschicht sind von 15 415 angefahren 10 386, es streikten also 12 75 Prozent.

Wien, 14. März. Die Einfahrt und Ausfahrt der Delegierten im Polizeistationsbezirk Wochum ist ohne Störung verlaufen. Die gestrigen Ausschreitungen in Serne haben sich heute nicht wiederholt. Die Straßen waren fast leergeblieben, so daß jeder Versuch zu Ausschreitungen in Serne erstickt worden wäre. Nur auf der Schmiedingstraße in Wochum mußten die Schulleute nochmals zur Schußwaffe greifen, weil eine Serie junger Burken Schüsse gegen sie abgab. Es wurde niemand verletzt. In Samborn war heute alles ruhig.

Wien, 14. März. In Serwinghausen wurden gestern Abend Arbeiterwillige belästigt. Ein Gendarmecommando rückte zum Schutze aus, wobei der Gendarm Clements hinterlistig durch einen Schuß ins Gesicht und einen weiteren am Ohr verletzt wurde. Der Gendarm machte von seiner Schußwaffe Gebrauch und tötete zwei der Angreifer.

In England.

Die Konferenz zwischen Fiskusbesitzern und Grubenarbeitern trat gestern wieder in London zusammen und wurde nach vierstündiger Beratung auf heute vertagt.

In Oesterreich-Ungarn.

Die Bergwerksbesitzer im nördlichen Braunkohlenrevier Böhmens verhalten sich den bekannten Forderungen der Bergarbeiter gegenüber ablehnend, doch dauern die Verhandlungen fort. Vertrauensmänner der Bergarbeiter sollten am 17. d. M. über das weitere Verhalten der Arbeiterentscheidend.

Der italienisch-türkische Krieg.

Von Kriegshauptplätzen.

Uebereinstimmende, von Flüchtlingen überbrachte Nachrichten besagen, daß in dem letzten Gefecht bei Lingara der Major Andan Escerigefallen sei, einer der erbittertsten Gegner der Italiener unter den Arabern, der auch zum großen Teil für die Grausamkeiten verantwortlich sein soll, die im Oktober an italienischen Soldaten verübt worden sein sollen.

Deutsches Reich.

Die Brüßler Zunderkonvention. Aus Berlin, 14. März, verbreitet das Wolffsche Telegraphen-Bureau folgende Meldung: Nachdem es den Bemühungen der österreichisch-ungarischen Regierung gelungen ist, in der Frage der Neuorganisation der Brüßler Zunderkonvention eine Einigung zwischen Deutschland und Rußland herbeizuführen, ist die Sitzung der Delegierten bei der Ständigen Zunderkommission zur Wiederaufnahme der Verhandlungen von der belgischen Regierung auf heute, Freitag, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, anberaumt worden.

Die Wehrvorlagen. Am gestrigen Donnerstag vormittags 10 Uhr begannen, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, unter dem Vorsitz des Reichsfinanzlers im Bundesratssaale des Reichstages des Innern die vertraulichen Verhandlungen über die Wehrvorlagen die leitenden Minister der Einzelstaaten eingeladen hatte. In den Verhandlungen nahmen die Chef der beteiligten Reichsregierungen und die Finanzminister der größeren Bundesstaaten teil. Die Konferenz wurde um 1 Uhr abgebrochen, um am Nachmittags fortgesetzt zu werden.

Die Geschäftsordnungscommission des Reichstages nahm nach kurzen Anfragen den betreffenden § 32a der Geschäftsordnung in einer Form an, in der es u. a. heißt: „An zwei Tagen jeder Woche können die Mitglieder des Reichstages vor dem Eintritt in die Tagesordnung Anfragen an den Reichskanzler stellen. Die Tage werden vom Präsidenten im voraus für die Session bestimmt. Stellung und Beantwortung der Fragen soll nicht länger als eine Stunde dauern. Eine Debatte über die Antwort des Reichskanzlers ist unzulässig. Der Anfrager kann zur Ergänzung oder Berichtigung der Anfrage das Wort verlangen. Eine schriftliche Erledigung der Anfrage ist mit der Zustimmung des Anfragers zulässig.“

Die Ueberführung der Eisenbahnen. In der Budgetkommission des Reichstages teilte Minister von Breitenbach mit, die Einnahmen der Eisenbahnen im Jahre 1911 würden voraussichtlich 10 Millionen Mark mehr (insgesamt 37 Mill. Mark) Ueberfluß bringen, als der Etat vorsah.

Ein Disziplinerverfahren gegen Geheimrat Dr. von Jacobs? Der in letzter Zeit erfolgte Uebertritt verschiedener höherer Reichs- und Staatsbeamten in den Dienst privater Erwerbs-

geschäften hat dem Reichstag in seiner Sitzung vom Dienstag den 12. März Anlaß zu lebhafter Kritik gegeben. Bei der Gelegenheit wurde nach dem hiesigen Protokoll der Abgeordnete Dr. Sidelum, der gegen den früheren Reichstagenrat im Reichs-Sozialamt Geheimen Legationsrat Dr. von Jacobs, wenn er nicht seinen Abschied genommen hätte, ein Disziplinerverfahren hätte eröffnet werden müssen. Durch einen Antrag vom Bundesrat wurde dem Reichstag freigegeben, daß von Jacobs aus dem Reichsamt ohne Pension ausgeschieden ist. Das Reichstag ist zu der weiteren Erklärung ermächtigt, daß dem Reichsamt als der früheren vorgeleitene Behörde des Herrn von Jacobs keinerlei Verformnisse bekannt sind, die zur Eröffnung eines Disziplinerverfahrens gegen diesen Beamten hätten Grund zu geben können.

* Die Kaiserzeit „Hohenzollern“ ist in Venedig eingetroffen.

Baufortkontrollen aus der Arbeiterklasse. Man schreibt uns: Es sind gleichzeitig im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus Anträge zum Schutze der Arbeiter des Bauwesens gestellt, bei denen wiederum die Forderung nach Baufortkontrollen aus den Arbeiterhande, die von baugewerblichen Arbeitern gemäß werden sollen, erhoben wird. Man wird sich hierbei daran erinnern, daß die Forderung einer Wahl solcher Baufortkontrollen durch die Arbeiter seinerzeit bei der letzten Beratung über die Anstellung der Baufortkontrollen dem Widerstand der Regierung gegenüber, vorläufig fallen gelassen wurde. Wenn sie heute wieder von neuem erhoben wird, so werden hierdurch die früheren Bedenken der Regierung als berechtigt erwiesen, die dahin gingen, daß mit der Einführung der Arbeiterbaufortkontrollen die Forderung nach ihrer Wahl durch die Arbeiter sofort wieder erhoben würde. Denn die Sozialdemokratie hatte im Reichstage ausdrücklich erklärt, daß nur solche Baufortkontrollen dem Vertrauen der Arbeiter besitzen, die von ihnen selbst gewählt werden. Wenn man aber den Arbeitern einen Einfluß auf die Anstellung der Baufortkontrollen einräumt, so kann man ihn billigerweise auch den Arbeitgebern nicht verweigern. Die Gegensätze zwischen den Verbänden der Arbeiter und der Arbeitgeber würden also auch in der Bauaufsicht wieder aufeinanderstoßen, deren gediehlige Handhabung aber nur bei gegenseitigem Vertrauen möglich ist. Der wiederholte Berufung auf süddeutsche Staaten gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß in Bayern, wo Baufortkontrollen aus dem Arbeiterhande eingeführt sind, nach Ausweis der Statistik die Zahl der Unfälle auf Bauten seit Jahren erheblich größer ist, als in Preußen. Auch eingehende Studien einer preussischen Ministerialkommission in England über die dortige Bauaufsicht haben die Regierung in ihrem abzulehnen Standpunkt gegen die Forderung nach Arbeiterbaufortkontrollen nur bestärkt.

Ans der sozialdemokratischen Jugendarbeit. Endlich hat sich in unrem deutschen Vaterland die Erkenntnis durchgesetzt, daß in der Jugendfürsorge noch große, aber dankenswerte Aufgaben für Staat und Gemeinde sowohl, wie für jeden Einzelnen zu lösen sind, da tritt alsobald die Sozialdemokratie als Konkurrent auf den Plan. Wie gefährlich sie ist, zeigen die Erfolge „der Zentrale für die oberste Jugend Deutschlands“. Trotz ihres kurzen Bestehens, seit dem Reichstagsbeschlusse hat sie bereits 451 Jugendbeschäftigte organisiert, zu 147 Tieren sind Jugendheime mit eigenen Räumlichkeiten eingerichtet; 72 Gemein besitzen eigene Büchereien; das Organ, die „Arbeiterjugend“, wurde nach drei Jahren schon von 65 000 Jugendlichen an 425 Orten gelesen. Die Ordnung in den Heimen wird von Jugendlichen selber aufrecht erhalten, Rauchen und Alkoholgenuß ist verboten. Die sozialdemokratischen Jugendbeschäftigten haben im Jahre 1911 eine Einnahme von 99 833 Mk., eine Ausgabe von 85 410 Mark; 1 847 000 Agitationsblätter wurden verteilt. Zu diesen Leistungen kommen noch die Jugendabteilungen der Gewerkschaften, von denen allein die der Metallarbeiter 43 000 Jugendliche zählt. Wer diese Zahlen sprechen läßt und bedenkt, daß das Ziel dieser Bewegung nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts „politisch“, „eine Schule für Heranbildung von Sozialdemokraten“, kurz die Heranbildung aller nationalen und christlichen Ideale ist, der wird, solange er von der Liebe zu seinem Vaterland befeuert und von den Segnungen des Christentums durchdrungen ist, den Kampf gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung aufnehmen und verlohnt sich keine Kraft in den Dienst einer nationalen und christlichen Fürsorge stellen.

26. Provinzial-Landtag.

(Original-Bericht.)

Merseburg, 14. März 1912. Präsident Graf von Bartenleben eröffnete die heutigen Verhandlungen mit einigen Mitteilungen. Die Rechnung über den Vermehrungsausfallfonds der am 1. Januar 1910 aufgelassenen provinzialständischen Feuerzettelkassale für Merseburg für das Jahr 1909 liegt Abg. Bürgermeister Schaumburg. Zu Einnahme und Ausgabe schließt der Fonds mit 24 498 Mk. ab. Die Entlastung wird ertheilt. Weiter die Rechnung der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale für Merseburg für die Jahre 1909 und 1910 erstattet Abg. Michaelis Bericht. Der Abschluß ist bereits veröffentlicht worden. Der Ueberfluß betrug 1909: 770 000 Mk. und 1910: 868 000 Mk. Das Vermögen erreichte am Schluß des Rechnungsjahres einen Betrag von 3 945 000 Mk., gegen den vorherigen mehr 1 101 000 Mk. Die Entlastung wird ertheilt. Rechnungen der Generalassisen der Land-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen zu Merseburg für die Jahre 1909 und 1910. Abg. von Hellborn, St. Ulrich. Auch dieser Abschluß ist ein sehr zufriedenstellender. Die Generalassisen sind in diesem Jahre, Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis. Der Reservefonds ist auf 1 365 004 Mk. angewachsen.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. von Hellborn, St. Ulrich. Mit Befriedigung wird konstatiert, daß der Abschluß ein außerordentlich günstiger ist. Durch Kenntnisnahme wird auch diese Vorlage ertheilt.

Hauptrechnungen der Magdeburgischen Land-Feuerzettelkassale für die Jahre 1909 und 1910 nebst Verwaltungsberichten für dieselben Jahre. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis. Der Reservefonds ist auf 1 365 004 Mk. angewachsen.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. von Hellborn, St. Ulrich. Mit Befriedigung wird konstatiert, daß der Abschluß ein außerordentlich günstiger ist. Durch Kenntnisnahme wird auch diese Vorlage ertheilt.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Bericht der Feuerzettelkassalekommission über die Vorlage des Herrn Oberpräsidenten betreffend den von dem Generaldirektor der Provinzial-Städte-Feuerzettelkassale des Herzogtums Sachsen erstatteten Verwaltungsbericht für die Jahre 1909 und 1910. Berichterstatter: Abg. Landrat von Wedel, erschienen. Von dem Abschluß nimmt der Landtag mit großer Befriedigung Kenntnis.

Main table of stock prices and market data, organized into columns for various sectors like 'Börsen', 'Bank', 'Industrie', and 'Waren'. Includes sub-sections like 'Eisenbahn-Stamm-Aktien' and 'Schiffbau-Aktien'.

Vertical text on the right side of the page, likely containing market commentary or news related to the stock prices.



Preußischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 14. März 1912.

Am Ministerisch Handelsminister Dr. Sydow. Präsident Herrsch v. Cessa eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war die erste Beratung des Ausführungsgesetzes zur Wahl- und Gewerbesteuer. Danach sollen anstelle der Gemeindeämter staatliche Behörden treten. Abg. Baecker (Konf.): Wir halten die Bestimmung des Gesetzes, wonach die bisherige polizei-technische Revision durch die regelmäßige Nachprüfung ersetzt wird, für zweckmäßig.

Abg. Dr. König (Zentr.): Empfiehlt die Übernahme der bisherigen Gemeindebeamten in den Staatsdienst. Abg. Dr. Schröd (Christl.): Die Vorlage bedeutet einen wichtigen Fortschritt. In der Kommission wird besonders zu prüfen sein, wie besonders den kleinen Gemeinden die Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes erleichtert werden kann.

Abg. Dr. König (Zentr.): Geeignete Gemeindebeamte werden vom Staat übernommen werden. Ältere Beamten werden dann im Staatsdienst angestellt werden, wenn die Gemeinden an der Pensionzahlung teil beteiligen. Die übrigen Wünsche können in der Kommission erörtert werden, da das Gesetz am 1. April in Kraft treten soll, so ist es wünschenswert, daß es noch vorher verabschiedet wird.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Geisler (Zentr.) und Bausch (Zentr.) wurde der Gesetzentwurf der Gemeindekommission überwiesen.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Änderung und Ergänzung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterhaltungsbeitrag. Nach der Vorlage soll für Arbeitslose, die sich der Verpflichtung zur Unterhaltung ihrer Angehörigen entziehen, der Arbeitszweig eingeführt werden.

Abg. v. Hardeff (Christl.): Die bestehenden Gesetze reichen nicht aus zur Bekämpfung der sozialen Schäden, die sich auf dem in Frage stehenden Gebiete herausgestellt haben. Diese lassen sich nur durch einen polizeilichen Arbeitszweig beseitigen. Die Bedenken gegen landesgesetzliche Regelung sind nicht stichhaltig. Einzelheiten werden in der Kommission zu prüfen sein.

Unterstaatssekretär Holz: Die Vorlage hat ihren Ursprung in der notorischen Tatsache, daß eine große Zahl von Arbeitslosen bei voller Arbeitsfähigkeit sich der Pflicht zur Unterhaltung ihrer Angehörigen entziehen und der Armenpflege zur Last fallen. Wir erstreben mit dem Gesetz die Einführung des Arbeitszweiges, wie er bis zum Jahre 1911 in Preußen bestanden hat, und für den ein dringendes Bedürfnis vorliegt. Reichsrechtliche Bedenken stehen nicht im Wege. Das Verordnungsrecht die Bestimmung in das Gesetz hineinzubringen, daß das Gesetz auch Anwendung findet auf Kinder, die sich der Unterhaltspflicht gegenüber den Eltern entziehen. Die Bedenken, die sich hiergegen erhoben, werden in der Kommission geprüfert werden. Die Vorlage wird geeignet sein, das soziale Empfinden zu stärken. (Beifall.)

Abg. Schmieding (Zentr.): Wir stehen dem Gesetz sympathisch gegenüber. Auch in anderen Bundesstaaten hat man gute Erfahrungen mit dem Arbeitszweig gemacht. Durch die Vorlagen werden Bagabunden und Strolche nicht betroffen. Deshalb wäre es zweckmäßig, eine entsprechende Bestimmung in das Gesetz einzufügen.

Abg. Botsig (Nat.): Ich stehe dem Gesetzentwurf skeptisch gegenüber. Vor allem sind mir der Inhalt, daß die Materie reichsrechtlicher Natur ist.

Abg. Brauner (Konf.): Nach unserer Auffassung sind die Bedenken gegen die landesgesetzliche Regelung nicht stichhaltig. Andere Bundesstaaten haben schon den Arbeitszweig.

Abg. Dr. Jelsch (Christl. Spl.): Den Armenverbänden muß geholfen werden. Wir halten es aber nicht für notwendig, daß zur Regelung der Frage der Weg der Reichsgesetzgebung beschritten wird.

Abg. Siegmund (Holz): Es handelt sich hier um zweifelhaft um eine strafrechtliche Materie. Wir haben auch Bedenken gegen die Anwendung des Gesetzes auf Kinder.

Abg. Horschadt (Soz.): Das Herrenhaus hat die Vorlage nur oberflächlich, man kann sagen geringschätzig geprüft. Der Vorz. rief den Redner zur Ordnung. Die Tendenz des Gesetzes geht dahin, die Vermögensübertragung über die persönliche Freiheit von den Gerichten auf die Verwaltungsbehörden zu übertragen. Man frecht also zu finden zu, wie sie in Anstand ist. Aus diesen Gründen lehnen wir das Gesetz ab.

Der Gesetzentwurf wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Hierauf wurde die zweite Beratung des Etats beim Etat der Zentralgenossenschaftsfrage fortgesetzt.

Abg. Graf v. d. Groden (Konf.): Auf die Unfruchtbarkeit zwischen der Preussentasse und der landwirtschaftlichen Zentral-Genossenschaft werden wir mit Rücksicht auf die Gefährdung nicht eingehen.

Abg. Dr. Krüger (Christl. Spl.): Nach einer Erklärung des Präsidenten der Zentralgenossenschaftsfrage ist diese befreit, die freie Selbstverwaltung der Genossenschaften durchzuführen. Von dieser Tendenz der Preussentasse haben die interessierten Genossenschaftler und Institute bisher nicht viel gehört. Wenn die Preussentasse die Genossenschaftsfrage zur Selbstverwaltung erziehen will, dann darf sie nicht an der Ausschließlichkeitserklärung festhalten. Der Zinsfuß der Zentralgenossenschaftsfrage hat bisweilen sogar den Zinsfuß der Preussentasse überschritten. Die Kreditgewährung der Preussentasse nach der Höhe der Darlehenssumme seitens der Kredit gebenden Institute muß einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Unterstaatssekretär Michaelis: Die Bornworte, daß die Zentralgenossenschaftsfrage die Genossenschaften hemme und tyrannisiere, sind unbegründet. Durch das Ausschreiben der sandmirteligen Darlehensfrage in Neubred ist der Gefährdung nicht erheblich geschädigt worden.

Es sind 2021 Genossenschaften an die Preussentasse angeschlossen. Der Gefährdung belief sich vom 1. April 1911 bis zum 1. März 1912 auf 15,7 Milliarden, d. h. eine Milliarde mehr als in gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den 47 ange-schlossenen Verbanden haben 40 sich für die Ausschließlichkeitserklärung ausgesprochen. Unsere Bedingungen sind nicht nach bureaukratischen Prinzipien, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten festgesetzt worden.

Abg. Glögel (Nat.): Wir erwarten von der Gefährdung der Preussentasse, daß sie dem Mittelstand in Stadt und Land diene.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt, außerdem 8 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. März 1912.

Am Bundesrätische Staatssekretär Dr. Delbrück, Handelsminister Dr. Sydow und Oberbergbauminister v. Helldorf. Präsident Dr. Raempf eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. mit folgender Ansprache, welche die Mitglieder des Hauses und des Bundesrats, zum Teil auch die Sozialdemokraten, lebend anhöreten:

Meine Herren! Seine Majestät der König von Italien, Victor Emmanuel III. der hohe Verbündete Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und des deutschen Volkes, und Ihre Majestät die Königin von Italien Elena sind einer schweren Lebensgefahr entronnen. Indem die in verdreherlicher Missetat auf sie abgegangenen Schüsse sich verfehlt haben. Ich bin überzeugt, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich der Freude und Genugtuung darüber Ausdruck gebe, daß Seine Majestät der König und Ihre Majestät die Königin unverletzt geblieben sind. (Bravo!) Namens des Reichstages werde ich in einer an den Präsidenten der Deputiertenkammer in Rom zu richtenden Depesche diesen Gefühlen herzlichsten Ausdruck geben. (Beifall.)

Nachdem der förmliche Antrag Abzweigt wegen Einsetzung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Wendel (Soz.) genehmigt war, gelangte die Interpellation des Zentrums zur Beratung:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, über den Stand des Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Auskunft zu geben? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Bergarbeiter ein rasches Ende des die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigenden Ausstandes herbeizuführen?“ Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Schiffer-Bortum (Zentr.): Die Bergarbeiter haben berechnete Wünsche. Seit dem Jahre 1907 sind ihre Forderungen gestiegen, sie sind zwar in der letzten Zeit wieder etwas herabgegangen, haben aber den Stand von 1907 noch lange nicht erreicht. Die Lage des Bergbaus ist seitdem noch ungünstiger geblieben. Auch der Gewerkschaften gründer Bergarbeiter hat unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und der gegebenen Situation mit Ernst und Energie nach Verbesserungsmöglichkeiten getrachtet. Wir verfahren uns aber mit aller Entschiedenheit dagegen, an die Seite der sogenannten gelben Gewerkschaften geworden zu werden. (Hört! hört!) Das haben wir immer hervorgehoben. Vermittelnde gute Gründe haben uns abgehalten, uns an dem gegenwärtigen Streik zu beteiligen. Diese gelben Gewerkschaften, diese aus Frankreich herübergekommenen Gewerkschaften, bilden keine Glieder unserer Arbeiterbewegungen. (Sehr richtig! im Zentrum; Hört! hört! und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ihre (zu den Sozialdemokraten) noch weniger. Derartige schamlos-zerstörerischen Lehren wir uns nicht. Es fragt sich, ob der Streik gerecht ist, ob er ausreicht und sich als friedliches Mittel annehmbar, doch nur der Kampf übrig bleibt? Während des deutschen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1906 hat der englische Vergleich die Situation ausgenutzt und für großer Teile des deutschen Absatzgebietes demütigt. Wir müssen uns für unsere heimische Industrie diese Gefahr abwenden. Auch die Arbeiter haben ein großes Interesse daran. (Sehr richtig!) Wir haben uns mit unserem Verhalten, leiten lassen von der Rücksicht auch auf das ganze Erwerbsleben. Ein solcher Kampf der Millionen von Arbeitern ins Elend treiben kann, darf nicht ohne große Ursache begonnen und durchzuführen werden. (Sehr richtig!) Die ablehnende Haltung des Reichstages gegenüber ist für die Sozialdemokraten und Narodnikern ein Grund mehr für den Streik gewesen, um die Christlichen dadurch zu desimieren und wenn möglich zu ruinieren. Es ist an der Zeit, daß die Unternehmer mit den verständigen nationalen Arbeitern verhandeln. Das muß schnellstens geschehen. (Sehr richtig!) Sie müssen sich um die Lebens- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter kümmern. Freiwillig hat sich noch kein christlich Organisiert am Streik beteiligt. (Beifall.) Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Unsere Leute werden abgeregelt von der Arbeitsfäule, verhöhnt, belästigt und mißhandelt. (Beifall.) Hört! Hört! Der Terrorismus hat im Ruhrrevier geradezu Triumphe gefeiert. (Beifall.) Unterbrechungen. Der Hof hat die Straßen besetzt. Auch viele Sozialdemokraten arbeiten noch heute weiter. (Stufe bei den Sozialdemokraten; Märchen!), aber nur da, wo die Christlichen die Majorität besitzen, in Oberhausen, Essen, Stetl ufm. Andere streiken nur gezwungen mit. (Beifall.) Unterbrechungen. Die persönliche Freiheit der Arbeiter muß unbedingt gewahrt werden. (Beifall.) Sehr richtig! Gegen Streikposten haben wir nichts. Die Ausföhrungen sollen planmäßig inszeniert, organisiert und dirigiert sein. Ich wünsche und hoffe, daß es doch noch zu einem guten Ende kommt. (Beifall.) Beifall rechts und im Zentrum, Pfuihu, großer, anbauender Darm bei den Sozialdemokraten und Aufse; Jubel.)

Präsident Dr. Raempf rügte die Pfuihu. Staatssekretär Dr. Delbrück: Streng genommen handelt es sich bei dieser Arbeitseinstellung eines Teils der Bergarbeiter im preussischen Ruhrrevier um eine reinpreussische Angelegenheit. Auf der anderen Seite ist es unbestreitbar, daß auch die Reichsgesetzgebung in die Verhältnisse eingreift, und daß eine Arbeitseinstellung im Ruhrrevier ein Ereignis ist, das weit hinausreicht über die Grenzen Preussens, hineinreicht in weite Kreise der Bevölkerung Deutschlands und geeignet ist, die ruhige Entwicklung unserer Industrie zu bedrohen. Unter diesen Umständen hat es der Reichstag für seine Pflicht gehalten, die von Ihnen gestellten Forderungen zu beunruhigen. Da er augenblicklich durch eine dringende Sitzung verhindert ist, so befaßt er sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt in die Debatte einzutreten. Anfang dieses Jahres ist die schon früher in die Entscheidung getretene Bewegung unter den Bergleuten lebhafter geworden und führte dazu, daß der sozialdemokratische, der christlich-demokratische und der politische Bergarbeiterverband an den Zechenverband und den Bergbauischen Verein eine Eingabe richteten, die zehn Forderungen enthielt, deren wichtigste eine allgemeine 10prozentige Lohn-erhöhung war. Der christliche Bergarbeiterverband hat sich diesem Schritt nicht angeschlossen. Die Arbeiterverbände erhielten die Antwort, daß der Zechenverband und der Bergbauische Verein in Vohrfragen nicht zustimmend seien. Der Zechenverband stellte ferner in seiner Antwort fest, daß eine Erhöhung der Schichtlöhne eingetretene und zu erwarten sei und auch eine Erhöhung des Gehaltsverhältnisses mit Sicherheit zu erwarten sei. Daran richtete die drei Verbände ihren gemeinsamen Antrag. In einem großen Teil der Antworten wurde hervorgehoben, daß die Forderungen auf die Forderungen der Verbände nicht eingehen könnten, da nach den gesetzlichen Vorschriften nur die Arbeiter-schüsse berufen seien, die Forderungen der Arbeiterchaft zu vertreten. Bis zum 6. März war ein Anlauf zur Beunruhigung nicht vorhanden, sofern es sich nur darum handelte, eine Erhöhung der Löhne in angemessener Umfang herbeizuführen. Die meisten Zechenverwaltungen waren dazu bereit, mit den Arbeiter-schüssen zu verhandeln. Inzwischen wurde es, namentlich durch die Hinweise der Presse auf den englischen Streik, unruhiger. Ich sah mich deshalb veranlaßt, mit den Abgeordneten Behrens, Giesberts, Sacke, Schmidt und Eosinski zu verhandeln, denen ich eingeladen und Herr Zuehlke. (Hört! Hört!) Ich gewann die Auffassung, daß ein Unfrieden in diesem Augenblick nicht geboten sei, und daß die Möglichkeit noch gegeben wäre, die Sache zu einem friedlichen Ende zu führen. Ich möchte mich sofort an den preussischen Handelsminister, der mir seine Unterstützung zusagte, ferners aber schon in gleicher Richtung gewirkt hatte und überzeugt war, daß die Zechenverwaltungen bereit seien, den von uns gelegten Weg zu betreten. (Hört! Hört!) Das war auch direkt an dem Ruhrrevier befaßtigt wurde. Ich hielt es für richtig, darauf hinzuweisen, daß es notwendig sei, ruhig Blut zu bewahren und mit den Zechenleitungen zu verhandeln, dies habe ich durch das B. Z. u. den beteiligten Zechenverwaltungen aus dem Wege und die Arbeiter nochmals auf die Verantwortung hinweisen lassen, wenn sie unter Kontraktbruch in den Streik eintreten würden. Der Ausföhrung des Abg. Schiffer-Bortum (Zentr.) wurde die Interpellation beantwortet. (Hört! Hört!) Eine Reihe von die Nichtigkeit der Anschauung, daß der Zeitpunkt für einen Streik nicht gekommen war, auch wenn man auf den Standpunkt der Christlichen stand, die eine Reihe von erheblichen Forderungen an die Zechenverwaltungen stellten. Eine ähnliche Stelle nahmen die evangelischen Bergarbeiter ein. Der Streik war nicht nötig und er hat begonnen, die vorhandenen Mittel zur friedlichen Beilegung erschöpft waren. (Sehr richtig!) In der sozialdemokratischen Presse ist zu jeder Zeit auf England hingewiesen worden, obwohl ausdrücklich anerkannt war, daß ein Sympathiestreik nicht beabsichtigt ist. Das war am 11. März, als in vielen anderen Ländern Sympathieaktionen stattfanden und alle Augen auf Deutschland gerichtet waren. (Hört! Hört!) Eine Reihe von Verhandlungen über Ausföhrungsbedingungen, in denen die sozialdemokratischen Mitglieder anwesend waren, bezeugen, darüber könne kein Zweifel sein, daß ein Streik notwendig sei; es handelte sich nicht um einen Unfrieden, sondern um einen von der Organisation befohlenen Streik. (Beifall.) Hört! Hört! Sacke und große Inruhe.) Das steht im Protokoll mit Namensunterföhrung. Die Preise bei der Zettelfabrik waren 1911 55 Prozent niedriger als 1907, bei Dönschlofen um 10 Prozent; dagegen fanden die Löhne 1911 gegen 1907 zum 14 Prozent, bei den Häuern um 7 Prozent. Daß ohne Ausnahme haben die Zechen namentlich mit den Ausföhrungen über Vorkostenverhältnisse verhandelt, wenn auch eine 10prozentige Lohnverhöhung als unzureichend betrachtet wurde. Auch im Ausbruch des Streiks haben sich die Zechen unvorsommen gezeigt und die Kontraktbrüche von 3 auf 6 Tage hinausgeschoben. Dadurch sollte Gelegenheit gegeben werden, das Ergebnis der Besprechungen zu prüfen und den durch mangelnden Schug von der Arbeit zurückgegangenen Arbeitern die Arbeit zu ermöglichen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten; Annull der Zechenverwaltungen!) Ich bin kein Annull der Zechenverwaltungen, ich habe mich immer bemüht, die Dinge objektiv darzustellen. Was ich sage, sind meine Meinungen sondern feststehende Zahlen, und ich halte mich für verpflichtet, vor dem Lande dieses Material bekanntzugeben, damit man sich ein Urteil bilden kann, ob der Streik notwendig war. Jetzt etwas zur Beilegung des Streiks zu tun, das heißt für die Durchführung der Voraussetzungen. Es ist an den Sozialdemokraten die Verantwortung (Zurufe bei den Sozialdemokraten) Ihre Leute sind in den Streik getreten; die Zechenverwaltungen haben weiter verhandelt, obwohl der Streik bereits begonnen hatte. Geht der Streik aber weiter, dann können Sie (zu den Sozialdemokraten) nicht bereit sein zu verhandeln. (Zurufe bei den Sozialdemokraten; Annull der Zechenverwaltungen!) Nicht Annull, sondern ich prüfe die Tatsachen. Ein vorzeitiges Eingreifen in eine solche Bewegung würde ein Fehler sein, würde das Ende des Streiks nicht befürworten, sondern hinauschieben. Da die Arbeitseinstellung nur eine teilweise ist, so stellt die große Menge der Arbeitwilligen an die Behörden die Forderung, diese absolut sicher zu Schutzes ihres Lebens, ihrer Gesundheit und ihrer Ehre. (Sehr richtig!) Die Behörden sind sich dieser Pflicht keinen Augenblick nicht bewußt gewesen. Gegen 6000 Polizeimänner sind im Ruhrrevier vertrieben, und wir hatten gehofft, daß es uns gelingen würde, mit diesem Material den Schug durchzuführen. Ich persönlich habe es auch angenommen, weil ich die Disziplin bei Ihnen (zu den Sozialdemokraten) überföhrigt hatte. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns bisher getraut, Militär heranzuziehen. Aber wo im Streikgebiet das Polizeipersonal nicht ausreicht, da wird ohne Zögern Militär eingesetzt. (Zürnen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wer zuerst geschossen hat, das wird sich bei Gelegenheit herausfinden. Auf Vater und Mutter wird nicht geschossen. Die Arbeitswilligen werden geschützt an ihrem Körper und an ihrer Ehre. Wenn es zu Zusammenföhrungen kommt, dann sind die jetzigen schuld und verantwortung, die für sich den Schug der persönlichen Freiheit unangeneht wissen wollen, ihn anderen aber verweigern. (Beifall.) Bravo! rechts und im Zentrum; großer Lärm und Inruhe bei den Sozialdemokraten.) Auf Antrag der Abg. Gröber (Zentr.) und Baale (Soz.) fand Befragung der Interpellation statt.

Abg. Sacke (Soz.): Als diese Interpellation eingebracht wurde, hieß es im Ruhrrevier: Hier ist alles ruhig bis auf das Zentrum und seine Helfershelfer. (Lachen im Zentrum.) Die Kameradschaft, die 1905 zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Bergarbeitern bewirkt hat, wirkt auch heute noch bestehen, wenn nicht einige Leute der Herr-Gröber Schule fortwährend gegen uns hetzen. Heute hat Herr Schiffer die gelben Gewerkschaften abzuföhrten verurteilt, während die Christlichen vor noch nicht allzulanger Zeit von den „gelben gelben Gröberföhrer“ gesprochen haben. Auch die Streikenden müssen geschützt werden. Unzweifelhaft ist es, daß die Christlichen mit einem Schloge lo großes Vertrauen zu den Zechenberatern, die ihr Versprechen nicht gehalten haben. Herr Giesberts selber hat sich mit unferen sehr Forderungen einverstanden erklärt. Wenn jetzt nicht die Zeit gekommen ist, für die Bergleute etwas durchzuführen, so kommt sie nie. Auch mit Christlichen als Führer bei Streiks zu Zuzunehmen gekommen. Das vom Zentrum verlangte Militär ist in Dortmund schon eingetroffen. (Auf des Abg. Behrens: Sie sind schuld daran!) Die Gemeinden haben die Fassen zu tragen. Die Polizei hat ihre Befugnisse vielfach überföhrten. Die Streikenden waren nicht Annull zu Straßenanföhrungen, sondern die Streikbrecher. Weiter Herr Staatssekretär (Beifall), auch Ihnen würde die Halle überlassen bei solcher Polizeimacht, bei dem Treiben solcher Bluthunde. (Bärmendes Bravo! bei den Sozialdemokraten, große Inruhe, Lachen des Präsidenten.)

Abg. Dr. Krüger (Christl. Spl.): Nach einer Erklärung des Präsidenten der Zentralgenossenschaftsfrage ist diese befreit, die freie Selbstverwaltung der Genossenschaften durchzuführen. Von dieser Tendenz der Preussentasse haben die interessierten Genossenschaftler und Institute bisher nicht viel gehört. Wenn die Preussentasse die Genossenschaftsfrage zur Selbstverwaltung erziehen will, dann darf sie nicht an der Ausschließlichkeitserklärung festhalten. Der Zinsfuß der Zentralgenossenschaftsfrage hat bisweilen sogar den Zinsfuß der Preussentasse überschritten. Die Kreditgewährung der Preussentasse nach der Höhe der Darlehenssumme seitens der Kredit gebenden Institute muß einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Unterstaatssekretär Michaelis: Die Bornworte, daß die Zentralgenossenschaftsfrage die Genossenschaften hemme und tyrannisiere, sind unbegründet. Durch das Ausschreiben der sandmirteligen Darlehensfrage in Neubred ist der Gefährdung nicht erheblich geschädigt worden.

